

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 30. April 1930

Nummer 35

Das Fest der Arbeit

Wer schuf sich diesen Tag,
den Haß und Spott in wüstem Chor umbellen,
zur Flammensäule zwischen heut und morgen?
Wer goß in ihn sein heißes Blut,
wer tränkte ihn mit seiner Sehnsucht Blut,
verbrannte in ihm seine Last der Sorgen?

In dir, du Tag, der goldne Strahlen sprüht,
da diese Erde von Verheißung glüht
und Blüten aus dem grauen Acker quellen;
da sich die stillgeheimen Kraft der Tiefe
stark durch die harte Rinde bricht,
da alles aufwärts will — als ob das Licht
all die in Finsternis verlorenen Kinder rief.

Wer schuf sich diesen Tag,
den blinde Wut umbrüllt,
den Mutter Erde sonnenfelig feiert
und ihn mit tausend Jubelliedern füllt?
Da junges Leben über Tod und Trauer schreitet
und sich mit bunten Kränzen schmückt,
da unser Auge tiefbeglückt
sich freudig wie der Himmel weitet?

Wer schuf sich diesen Tag?
Warst du es nicht, verbannter Sohn der Freuden,
nicht du, Frau der verfluchten Pflicht?
Beladene der Plage, Märtyrer der Last,
das Hirn verkauft, die Faust in Not verhandelt,
und doch voll Kraft, die eine Welt verwandelt,
aus euch gearbete sich Fest und Rast.
Volk, Menschheitsurgrund, da die Quelle fließt,
die ewig schöpferische dieser Erde,
du, grauer Acker, daraus alles sprießt,
dein Herz, es flammte auf,
und millionenstimmig rief es: Werde!

Wir wandern durch dies trübe Tal,
vor uns die Orisflamme fernem Morgen.
Wir tragen leichter Fron und Qual,
da wir uns Wärme, Licht und Strahl
von unsrer eignen Sonne borgen.
Noch schatten dunkle Mächte um uns her,
die Tiefe grollt: ihr sollt euch nicht verstecken!
Millionen Hände schaffensleer!
Gewicht ist jeder Tag und schwer.
Der Mangel grinst aus allen Ecken.

Reckt eure Hände auf, die ihr die Zukunft seid:
Sie spendet nichts, die gnadenlose Zeit.
Sie gibt, was eure Macht erwirbt;
wer sich nicht wehren mag, verdirbt.
Sie gibt, was Siegespreis geballten Willens ist;
sie nimmt, was er ihr schenkt: der Zwist.
Die Waage schwankt — bis schwer und unverhüllt
nur eine Kraft der Arbeit Schale füllt.

Es flamme der Tag: sei diesem Ziel getreu!
Das Alte stirbt. Das Leben zeugt sich neu.
Was heute keimt, es wächst in weite Räume,
und was du träumst, sind morgen nicht mehr Träume.
Millionen Schmiede hämmern an der Zeit.
Millionen Hirne harren tatkund.
Ein heißer Strom umwellt das Rund der Zonen.
Was ist Gebirg ihm, sind ihm Meer und Schranke?
Die Grenzen brechen. Und ein Weltgedanke
durchflammt die Gassen, wo die Schaffer wohnen.
Das Herz der Arbeit, Tag, es singt aus dir.
Zum Lied des Kampfes wandelt sich die Klage.
Und deine Lichtverheißung nehmen wir
froh mit hinüber in die grauen Tage.

Leinf. Prezzang

Zur Weisfeier

Das auch im zwölften Jahre nach der deutschen Staatsumwälzung, durch die sich das deutsche Volk eine Reichsverfassung sicherte, die es frei von der persönlichen Herrschaft volksfeindlicher Potentaten und ihrer Sippen machen sollte, der Weisfeier tag der Arbeit am 1. Mai noch keine reichsgefehlte Grundlage erhalten hat, ist wohl der deutlichste Beweis dafür, daß die durch die privatkapitalistische Wirtschaftsunordnung geschaffenen Klassengegenstände weder in ihrer äußeren Form, noch in ihren inneren Grundflächen eine wesentliche Läuterung erfahren haben. Das gilt auch für die diesbezüglichen Verhältnisse und Beziehungen auf dem für uns als Berufsgenossen im deutschen Buchdruckgewerbe in erster Linie maßgebenden Gebiete der tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse. Nach wie vor liegen die Dinge in dieser Frage allgemein rechtlich, tariflich und organisatorisch so, daß jeder einzelne, der die Feier des 1. Mai in ihrer zweifellos würdigen Form durch Arbeitsruhe begehen will, dies zur Vermeidung größerer wirtschaftlicher Nachteile entweder auf dem Wege mittel- oder unmittelbarer Verständigung mit seinem Arbeitsvertragskontrahenten oder nur auf persönliche Selbstverantwortung unter Hinnahme der eventuell damit verbundenen materiellen Belastung durchzuführen kann. Soweit die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung gegeben ist, kann dies als Beweis praktischer Vernunft auf Seiten der betreffenden Unternehmer oder ihrer Vertreter beurteilt werden, während in gegenteiligen Fällen die persönliche Übernahme der sogenannten arbeitsrechtlichen Folgen aus „unerlaubter“ Handlung oder eigenmächtiger „Arbeitsverfälschung“ am 1. Mai als anerkanntswerte Opferbereitschaft für die Geltendmachung einer idealen Forderung der sich ihrer Menschenwürde bewußten Arbeiterschaft zu werten ist und ihren Lohn trotz aller wirtschaftlichen Schattenseiten in sich selbst trägt. Daß es sowohl Reichsarbeitsgerichtsurteile wie Reichsgerichtsentscheidungen gibt, die die speziell in der Weisfeier gewissermaßen zum naturrechtlichen Primat erhobene persönliche Verfügungsfreiheit über die eigene Arbeitskraft eines jeden Menschen aus rein privatrechtlichen Gründen bestreiten oder verwerfen, ändert an dieser grundsätzlichen Bedeutung des Weisfeiergebenedankens nicht das geringste. Denn die Weisfeier selbst ist nach Herkunft wie Ziel ein unerschütterlicher Protest gegen jede „Rechtspredigt“, die die menschliche Arbeitskraft mit materielle Hoffnungen auf eine Stufe stellen will und sich dadurch selbst nur zu einem kultur- und geistlosen Werkzeug trassierten Materialismus stempelt. Daher sind auch in den Augen jedes freiheitlich denkenden Arbeiters Weisfeierurteile, die in keiner Weise berücksichtigen, daß der Weisfeiergebenedanke eine Schöpfung rein menschlicher Ideale, ein Gegenpol materialistischer Verflüchtigung der menschlichen Kultur ist, nur Merkmale einer solchen „Rechtspredigt“ als Klassenjustiz. Denn verwerfen und verurteilen kann den Gedanken der Weisfeier nur, wer ihre sozialen Ursachen, zu deren Überwindung sie mithelfen und begeistern soll, schätzen und denken will. Und es ist eine Signatur juristischer Rückständigkeit, daß es trotz Art. 137 der Verfassung des Deutschen Reichs, der die menschliche Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt, noch Richter gibt, die dem hohen und idealen Gedanken der Weisfeier so verständnislos gegenüberstehen, wie es in den letzten Jahren noch zu verzeichnen war.

Wir rufen diese Seite der Weisfeierfrage diesmal ganz besonders in den Vordergrund unrer Stellungnahme, weil sich gerade darin zeigt, daß das Unternehmertum auch auf diesem Gebiete nur noch auf die sogenannte Rechtspredigt spekulieren kann. Trotzdem ist dadurch der Umfang der Weisfeiern in den letzten Jahren nicht geringer geworden, sondern von Jahr zu Jahr größer. Er könnte leicht sogar viel größer und eindrucksvoller sein, wenn nicht in Arbeiterkreisen selbst noch rechte wie linke Gruppen vorhanden wären, die teils den tieferen Sinn der Weisfeier überhaupt noch nicht verstanden, teils in ihrem Sinn und Trachten sich über reale Tatsachen viel zu erhaben fühlten, um wenigstens einmal im Jahre mit ihren Arbeits- und Schicksalsgenossen in Reich und Glied zu marschieren und sich einig zu fühlten. Denn auch an diesjährigen Festtag der Arbeit handelt es sich in allen Ländern erneut um eine ernste Auseinandersetzung des Willens der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft zur Befreiung vom kapitalistischen Joch, zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau des Arbeiterfortschritts, zur Verhinderung der Arbeitszeit und Vernichtung aller Kriegsbedingungen.

Trotz aller Staats- und Wirtschaftsumwälzungen haben diese Ziele des großen sozialen Ringens der

organisierten Arbeiterschaft, wie der Internationale Gewerkschaftsbund in seinem diesjährigen Maiaufzug mit Recht betont, in keiner Weise an symbolischem und revolutionärem Wert eingebüßt. Denn trotz Völkerverbund und Pariser Pakt, trotz Locarno und Brüningkonferenzen scheint der Weltfriede immer noch nicht gesichert zu sein. Der nur durch phrasenreiche Protokollformeln verbannte Krieg wird die menschliche Gesellschaft so lange bedrohen, als die Arbeiterschaft nicht über alle Landesgrenzen hinweg in selbstbewußter und unerfütterlicher Einigkeit den Willen und die Kraft bekundet, die alle kriegerischen Inwandlungen, alle wirtschaftlichen und nationalistischen Gegensätze der kapitalistischen Welt zunichte machen können. Für den Weltfrieden mit allen Kräften einzutreten, ist das heiligste Gelübnis der Arbeiterschaft am 1. Mai. Überall wird ihre Lösung erkönnen: „Nie wieder Krieg!“ Nicht weniger ernst ist die Forderung nach wirtschaftlicher Befreiung. Immer noch hat das internationale Unternehmertum seine Ansprüche auf wirtschaftliche Diktatur und Ausbeutung nicht preisgegeben. Die Unternehmer hoffen sogar unter dem Druck der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf die Wiederherstellung ihrer früheren Macht. Daher muß die gesamte Arbeiterschaft in der Verteidigung ihrer bisherigen Errungenschaften und zur Abwehr der Anstürme der Unternehmer ihre Willenskraft und Ausdauer verdoppeln. Die diesjährige Weisfeier steht besonders in Deutschland inmitten reaktionärer Brandung auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiet. Am so notwendigen ist und wird es sein, daß in allen Kreisen der Arbeiterschaft der tiefere Sinn und Zweck der Weisfeier erkannt und in einer der großen Kulturziele der Gewerkschaften würdigen und bewußt demonstrativen Weise zum Ausdruck kommt!

Arbeitslos

Viele Kollegen, die bisher auf eine mehrjährige Beschäftigungsdauer zurückblicken konnten und jetzt auch, bedingt durch die allgemeine Wirtschaftskrisis, arbeitslos geworden sind, müssen mit einer vielleicht mehrmonatigen Arbeitslosigkeit rechnen.

Manche dieser Kollegen haben sich nie sonderlich um Verbandsangelegenheiten gekümmert, sie glaubten durch Entrichtung ihres Beitrages und den gelegentlichen Besuch einer Versammlung, oft nur einer für sie wichtigen (Wohnfrage), voll auf ihre Pflicht als Verbandsmitglied erfüllt zu haben. Manchmal wurde dann, auf der Arbeitssitzung nach „wohlwollend“ Kritik an den Ergebnissen und der Führung des Verbandes geübt. Diese Kritik ist ja immer leichter als Mitarbeit.

Jetzt aber, mehr gezwungen durch ihre Arbeitslosigkeit, denn aus rein idealen Gründen mochten sie ihre bisherige Gleichgültigkeit nachholen und gutmachen, und zwar grundsätzlich! Das heißt, sie stellen sich zur Opposition! Wie ihre bisherige Stellungnahme aus rein persönlichen Egoismus zurückzuführen war, so ist es auch ihre jetzige. Sie bezeigen plötzlich starkes Verbandsinteresse. Fragen wie: Arbeitszeitverkürzung, Ferien, Kürzung der Lehrlingsstaffel, Verbot der Überstunden usw. interessieren sie besonders und finden in ihnen eifrige Beförderer. Man könnte oft seine helle Freude an ihrer überzeugenden Redefähigkeit haben, wenn man nicht wüßte, daß die eigentlichen Ursachen persönliche Notlage und Egoismus sind.

Überflüssig eigentlich, zu bemerken, daß Egoismus jede sachliche Stellungnahme zu irgendwelchen Schwierigkeiten unmöglich macht. Wird eine wirtschaftliche Krisis nicht durch Maßnahmen überwunden und werden bei Verhandlungen nur Teilerfolge erzielt, so taugt eben die Führung nichts, und alle ändern, nur sie selbst nicht, haben schuld an den Verhältnissen.

Dies ist eigentlich bedauerlich, aber doch zu verstehen. Ebenso wie eine gute Konjunktur das Nachlassen an Verbandsinteressen bei vielen Kollegen zur Folge hat, so blüht es in Zeiten der wirtschaftlichen Krisen unepfänglich sehr stark auf.

Hoffen wir, daß sich auch bei diesen Kollegen die Erkenntnis zeigt, daß durch solch ein Verhalten der Verband und dadurch auch sie selbst nicht zu Erfolgen kommen können, und daß sie sich vornehmen, auch fernerhin, wenn sie wieder im Arbeitsverhältnis stehen, den Verbandsfragen ein gleichmäßiges Interesse entgegenbringen.

Dieses Interesse braucht nicht darin zu bestehen, daß sie nun gleich ein Amt übernehmen oder sich als eifriger Diskussionsredner betätigen. Nein, es genügt voll und ganz, die Versammlungen möglichst regelmäßig zu besuchen, dem „Korrespondent“ eine intensiver Beachtung zu schenken und allen Verbands- und Berufsfragen innerhalb und außerhalb des Betriebes eine stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Da der Beruf doch Haupt- und Lebenszweck ist, sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein, aber es gibt noch immer Kollegen, die sich ganz und gar auf die andern verlassen, um hinterher bei wirtschaftlichen Krisen ihren Mißmut zu äußern.

Wird die jetzige Krisis bei vielen Kollegen diese Erkenntnis zeitigen, dann hat sie wenigstens einen guten Zweck erreicht, und der Verband wird späteren Krisen wirkungsvoller gegenüberstehen können.

Br. W. (Samburg).

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Die Sperrfristen der Arbeitslosenversicherung

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz kennt drei verschiedene Möglichkeiten, bei deren Vorliegen die Arbeitsämter eine Sperrfrist verhängen können bzw. dem Arbeitslosen die Unterfertigung sperren können. Den Hauptgrund, bei dessen Vorliegen eine derartige Maßnahme angewendet werden kann, enthält der § 90 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen kann die Unterfertigung dann gesperrt werden, wenn sich der Arbeitslose ohne berechtigten Grund trotz Beschäftigung über die Rechtsfolgen weigert, eine Arbeit anzunehmen oder anzutreten. Wichtig ist, daß der Arbeitslose gegebenenfalls auch eine Arbeit annehmen muß, die außerhalb seines Wohnortes zu verrichten ist. Der erwähnte Paragraph zählt eine Reihe Gründe auf, bei deren Vorliegen die Ausnahme der Arbeit von dem Arbeitslosen verweigert werden kann, ohne daß dieser Rechtsnachteile (Unterstützungssperre) befürchten muß. (Die Anführung dieser berechtigten Gründe muß in diesem Zusammenhang leider unterbleiben.) Nach § 92 kann die Unterfertigung weiter dann gesperrt werden, wenn sich der Arbeitslose ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsumschulung oder Fortbildung zu unterziehen. Diese Umschulung oder Fortbildung muß geeignet sein, dem Arbeitslosen die Annahme einer Arbeit zu erleichtern. Weiter dürfen ihm keine Kosten daraus entstehen. Den dritten Grund der Verhängung einer Unterfertigungssperre enthält der § 93. Nach dieser Bestimmung erhält der Arbeitslose für eine bestimmte Zeit dann keine Unterfertigung, wenn er seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder berechtigten Grund aufgegeben hat, oder durch ein Verhalten verloren hat, das den Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung berechtigt. In allen drei Fällen kann die Unterfertigung dann gesperrt werden, wenn das Verhalten des Arbeitslosen nicht durch einen berechtigten Grund gerechtfertigt ist. Die Gründe, die bei allen drei Möglichkeiten als „berechtigter“ gelten, sind im § 90 des Gesetzes einzeln angegeben. Die Unterfertigungssperre beträgt in allen drei Fällen einheitlich vier Wochen. Der Arbeitslose erhält demnach für vier Wochen keine Unterfertigung. Sehr wichtig ist nun der § 93a des Gesetzes. Dieser bestimmt:

Die Stelle, die für die Entscheidung über die Unterfertigung zuständig ist, kann in den Fällen des § 90 Abs. 1, § 92 Abs. 1 und des § 93 die vierwöchige Sperrfrist bis auf zwei Wochen abkürzen, wenn die Lage des Falles eine mildere Beurteilung rechtfertigt. Sie kann sie in schwereren Fällen, insbesondere im Wiederholungsfalle, bis auf acht Wochen verhängen.

Diese Bestimmung besagt also, daß bei der Unterfertigungssperre nicht fest an dem Nach von vier Wochen festgehalten zu werden braucht. Die Unterfertigung kann vielmehr auch für eine kürzere, aber auch für eine längere Zeit gesperrt werden. Als Mindestmaß steht das Gesetz zwei Wochen und als Höchstmaß acht Wochen vor. Als zukünftige Stelle für die Verhängung der Sperre und für die Festlegung der Dauer der Sperre kommt der Vorsitzende des jeweiligen Arbeitsamts in Betracht. Der Vorsitzende „kann“ von der Ermächtigung des § 93a Gebrauch machen. Nach der allgemeinen Rechtsauffassung muß er sie von Fall zu Fall nach seinem pflichtmäßigen Ermessen anwenden. Nach dem Wortlaut des Gesetzes soll bei geringeren Verstößen die Sperrfrist weniger als vier Wochen, in schwereren Fällen dagegen länger als das Grundmaß von vier Wochen betragen. Es ist nun für alle Versicherungsträger von nicht geringer Wichtigkeit, zu wissen, wann nach der Meinung des Gesetzgebers „geringere“ oder „schwerere“ Verstöße vorliegen. Das Gesetz selbst gibt hierfür keinen Aufschluß. Es erwähnt vielmehr nur, daß unter schwereren Fällen insbesondere Verstöße im Wiederholungsfalle zu verstehen sind. Die Bestimmungen des § 93a sind neueren Datums, so daß grundsätzliche Entscheidungen der Versicherungsbehörden über die Auslegung und Anwendung derselben noch nicht ergangen sind. Will man einen kleinen Anhalt haben, so muß man sich an die Kommentare zum Gesetz halten. So schreibt beispielsweise der Kommentar von Jaeger-Neuburger-Adam zur Auslegung des § 93a: „Mildere Fälle können dann vorliegen, wenn die Unterfertigung zwar nicht gesundheitlich oder sittlich bedenklich ist, aber doch so, daß man sie kaum einem deutschen Facharbeiter zumuten kann. Auch bei Zweifelsfällen des körperlichen Zustandes läßt sich eine Verringerung der Sperrfrist wohl manchmal rechtfertigen.“ Weiter heißt es in dem erwähnten Kommentar: „Im Sinne des § 92 dürfte z. B. mildere zu betriebl. sein, wenn die Weigerung der Teilnahme an einer Unterfertigungsanstaltung vom Versicherungsträger damit begründet wird, daß er bereits in einem gleichen Ausmaß seines Verbandes, der einige Wochen später beginnt, eingeschrieben ist und hinsichtlich der Qualität der beiden Lehrgänge kein nennenswerter Unterschied besteht.“ Von Wichtigkeit ist weiter folgende Auffassung des Kommentars: „Im Sinne des § 93a dürfte z. B. eine mildere Beurteilung Platz greifen, wenn der Arbeitslose seine Stellung aufgegeben hat und Grund zur Annahme hatte, eine neue Stellung zu finden oder seine Stellung aus Gründen aufgegeben hat, die zwar keinen berechtigten Grund nach § 93 darstellen, aber als widrige Begleitumstände im Arbeitsverhältnis zu erachten sind.“ Aus diesen Wiedergaben ist ersichtlich, daß die Meinung des Kommentars mit derjenigen in der Beziehung übereinstimmt, daß die Vorschriften über die Sperrfristen von den Arbeitsämtern nicht allzu rigoros, sondern nach Prüfung der Sachlage und des Tatbestandes wohlwollend angewendet werden sollen.

Die Durchführung der erwähnten Vorschriften regelt der § 93b. Nach diesem beginnt die Sperrfrist an dem Tage, den der Vorsitzende des Arbeitsamts bestimmt. Es darf jedoch kein früherer Tag bestimmt werden als der, an dem der Arbeitslose zur Verhängung der Sperrfrist Urlaub gegeben hat, und kein späterer Tag als der, an dem die Sperrfrist verhängt wird. Kauft bei Beginn der Sperrfrist bereits eine andre Sperrfrist, so beginnt die neue Sperrfrist mit dem ersten Tage, für den nach Ablauf der alten Sperrfrist ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht. Sehr wichtig ist der letzte Absatz des § 93b. Dieser bestimmt: „Die Sperrfrist läuft nur an Tagen, für die der Arbeitslose sonst Arbeitslosenunterstützung erhalten würde und für die er seiner Meldepflicht genügt. Einem solchen Tage stehen drei Tage gleich, an denen er in einer versicherungspflichtigen oder nach den §§ 70 bis 75c, 80, 208 oder 209 versicherungsfreien Beschäftigung gekannt hat, wenn diese Beschäftigung mindestens zwei zusammenhängende Wochen gedauert hat. Die Sperrfrist endet spätestens sechs Monate nach ihrem Beginn.“ Dieser Absatz enthält mancherlei Bestimmungen für die Arbeitslosen. So muß der Arbeitslose auch während der Sperrfrist seiner Meldepflicht genügen. Die Sperrfrist läuft grundsätzlich nur an solchen Tagen, an denen der Arbeitslose sonst Unterstützung erhalten würde. Dies hat zur Folge, daß ein Arbeitsloser, über den während des Laufes seiner Wartezeit eine Sperrfrist verhängt wurde, nach Beendigung der Sperrfrist etwa noch restliche Wartezeit außerdem zurücklegen muß. In der amtlichen Begründung zu diesem Paragraphen heißt es erläuternd: „Jedoch darf der Grundsatz, wonach die Sperrfrist nur an Tagen läuft, die sonst Unterstützungstage wären, nicht überpaßt werden. Dem Arbeitslosen, der durch Aufnahme von Arbeit einen überzeugenden Beweis dafür geliefert hat, daß er arbeitswillig ist, soll die Unterstützung nicht versagt werden, wenn er erneut arbeitslos ist. Es wäre eine underechtfertigte Härte und überdies verwaltungsmäßig gar nicht durchzuführen, wenn nach längerer Beschäftigungszeit beim Eintritt von Arbeitslosigkeit noch eine Sperrfrist nachgeholt werden müßte, die auf Grund eines vielleicht Jahre zurückliegenden Tatbestandes verhängt worden, dann aber nicht bis zu Ende abgelaufen ist. Der Entwurf sieht deshalb vor, daß durch drei Tage einer versicherungspflichtigen oder versicherungsfreien Beschäftigung jeweils ein Tag der Sperrfrist gestrichelt wird; unabhängig davon soll aber jede Sperrfrist spätestens sechs Monate nach ihrem Beginn erlöschen sein, auch wenn der Arbeitslose inzwischen nicht gearbeitet hat.“ Kl.—s.

Korrespondenzen

Malen. Am 21. März fand hier die Bezirks-Generalammlung des Jagdkreises statt. Anwesend waren 83 Kollegen. Die sich auf folgende Druckorte verteilte: Kalen 16, Kraalsheim 3, Ellwangen 14, Gerabronn 2, Giengen 6, Gmünd 22, Heidenheim 11, Lorch 1, Mergentheim 8. Vorsitzender Wenzelburger (Gmünd) eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten, die er im besonderen an den Kreisvorsitzenden der Drucker im Gau Württemberg, Kollegen Böttcher (Stuttgart), richtete, der als Gast der Versammlung beizuwohnte. Nach einem kurzen Rückblick auf das verfloffene Jahr durch den Vorsitzenden gab Bezirkslehrinspektor Münz (Gmünd) seinen Bericht, in dem er betonte, daß der Bezirk zu weit auseinandergezogen sei, was auch den Kollegen Werner (Mergentheim) veranlaßte, die Aufteilung des Bezirks für die Lehrlinge zu beantragen. Nach längerer Aussprache einigte man sich dahin, es für dieses Jahr noch einmal beim alten zu belassen. Beim Punkt „Wahlen“ erklärte Vorsitzender Wenzelburger, daß er von seinem Posten zurücktreten und ersuchte die Versammlung, einen geeigneteren Kollegen an diese Stelle zu bestimmen. Im November 1927 wurde der Bezirksverein Jagdkreis gegründet, und seit dieser Zeit war Kollege Wenzelburger Vorsitzender. Aber schon im Jahre 1928 ging er vom Beruf



Bruno Simon in Leipzig
Eingetretet: 1. Mai 1880 — Jetzt Inwalde

ab und trat eine Stelle bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Gmünd an. Trotzdem hat er so vorzüglich verstanden, sich die Sympathie des Bezirks Jagdkreis sowie des Gaues Württemberg zu erringen. Als Bezirksvorsitzender wurde Kollege Karl Schmid (Malen) gewählt. Als Ort des diesjährigen Bezirks-Jahrmittels wurde auf Wunsch der dortigen Kollegen Bad Mergentheim bestimmt.

Bremen. (H and J eger.) Am 6. April veranstaltete unsere Vereinigung im Vereinshaus einen V e r b e i n d U n t e r h a l t u n g s a b e n d, zu dem neben der Bremer Kollegenschaft mit ihren Damen speziell die zu April 1930 ihre Lehre verlassenden Jungbuchdrucker eingeladen waren. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden H a r m e n i n g und einigen Musikstücken gelangte zuerst in zwei Abteilungen der vom Vorstandsvorsitzenden zur Verfügung gestellte „Presse“-Verbandsfilm zur Vorführung. Der im Film wiedergegebene organisatorische und finanzielle Aufbau unseres Verbandes vor und nach der Insufflation wurde von den Anwesenden aufmerksam verfolgt. Nach der ersten Hälfte des Films richtete Bezirksvorsitzender G o e r t in seiner Ansprache, in der er nochmals die Einrichtungen des Buchdruckerverbandes streifte, an die Neuausgelernten die Aufforderung, sich in ihrem eigenen Interesse der Sparte der Handwerker anzuschließen. Einige Vorträge über den Gefangenverein „Gutenberg“ und humoristische Beiträge des Kollegen Zimmermann trugen zum guten Gelingen des Abends bei. Die „selbstredendsten“ plakatartigen Döntjes des Herrn Krank, die von ihm vorgetragen wurden, erzielten ebenfalls bei den Anwesenden Beifall. Dank gebührt noch der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“, die den Filmapparat für diesen wohlgeleiteten Abend zur Verfügung gestellt hat.

Breslau. Unsere diesjährige Generalammlung fand bei starker Beteiligung am 23. März statt. Die umfangreiche Tagesordnung, es fanden zehn Punkte zur Verhandlung, bedingte eine vierstündige Tagung. Außer den üblichen organisatorischen Dingen fanden im Mittelpunkt der Versammlung die „Erörterung des Jahresberichts“ sowie „Aufstellung bzw. Wahl der einzelnen Verbandsfunktionäre“. Der Berichterstatter für den Jahresbericht war Kollege S p o r n. Da alle Kollegen bereits der gedruckte Bericht vorlag, konnte sich der Redner auf das Notwendigste beschränken. Ausgehend von der verstärkten Konjunkturkrise des Jahres 1929 behandelte er die Arbeitslosigkeit, die wichtigsten Fragen des Tarifs

und des Organisationslebens, Arbeitsgerichtsbarkeit, Kurzarbeit, Sonntagsarbeit, Abfertigungs- und Betriebsratsfragen, das Verhältnis des Ortsvereins zu den einzelnen Sparten, zum Gesangverein „Gutenberg“ usw. In abendlichen Worten gedachte er unsern Toten des Jahres 1929 und auch des geführten Tobestages des ehemaligen Vereinsvorsitzenden, Kollegen Härtel. Im finanziellen Teil seiner Darlegungen erläuterte er die einzelnen Positionen des Jahresberichts und betonte zusammenfassend am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, daß das Jahr 1929 uns schwierige Zeiten gebracht hat und daß es nach wie vor das Bestreben aller sein muß, die Organisation gerade in derartigen Krisenmomenten zu stärken und auszubauen. In der anschließenden Diskussion ergriffen acht Kollegen das Wort. Die teilweise kritisch gehaltenen Ausführungen gaben dem Kollegen S p o r n Anlaß, in seinem Schlusswort gewisse Unklarheiten zu erläutern, so daß auch jene, die einzelnen Dingen kritisch gegenüberstanden, volle Befriedigung über das vergangene Geschäftsjahr fanden. Ohne größerer Schwierigkeiten ging die Aufstellung der Kandidaten zur Wahl des Ortsvereinsvorsitzenden vor sich. Für den Lehrstufenvorsitz wurden drei Kollegen gewählt, während Bibliothekar und Revisoren in bisheriger Besetzung blieben. Ein Antrag des Vorstandes, an Stelle des bisher erhobenen Egttarbeitssatzes von 1 Proz. zugunsten der Erwerbslosen einen einheitlichen Wochenbeitrag von 30 Pf. zu erheben, fand nach längerer Debatte Annahme. Ohne Widerspruch wurde beschlossen, den Tag des 1. Mai durch reiflose Arbeitsruhe zu begehen. Es folgte noch die Behandlung verschiedener kleinerer Angelegenheiten, wie Festschreibung der Remunerationen, Johannis- bzw. Stiftungsfest usw.

Esfurt. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) In unserer Generalversammlung am 29. Januar erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, in dem er auch scharf die Überstunden geißelte. Dem Jahresbericht wurde ohne Debatte zugestimmt. Der Vorstand wurde en bloc wiedergewählt. Ferner fand eine Besprechung betreffs des Mitteldeutschen Druckerlagers in Halle statt. Es wurde beschlossen, aus diesem Grunde von einer Kreisversammlung abzusagen und nur bei Notwendigkeit eine Kreisvorsitzendenkonferenz stattfinden zu lassen. — Im Februar fand unser alljährlicher Herrenabend statt. — Die Märzversammlung fand im Zeichen des Geschäftlichen. Infolge vorausgegangener anderweitiger Veranstaltungen ließ ihr Besuch zu wünschen übrig. Der Tarifabschluß wurde einer kurzen Kritik unterworfen.

Halle a. d. S. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Am 10. Januar trat der neue Orts- und Kreisvorstand erstmalig zusammen. Vorsitzender ist Kollege P l ö h, Kassierer Kollege K u r a s. Das neue Geschäftsjahr begann mit der Versammlung am 18. Januar. Der gute Besuch dieser Versammlung war ein versicherungsvoller Ausfall. Es fand ein technischer Diskussionsabend statt. Das einleitende Referat hielt Kollege K ö p p e. Am 22. Januar fand eine außerordentliche Vorstandssitzung statt. In dieser Sitzung mußte Stellung genommen werden gegen einen Kollegen, der als Saalmeister eines größeren Betriebes in Halle gegen seine Mitarbeiter ein unbilligstes Verhalten an den Tag legte. Da der Betreffende nicht erschienen war, sondern seinen Austritt aus der Sparte erklärte, tagte am 4. Februar der Ortsvereinsvorstand, der Spartenvorstand und der Betriebsrat der betreffenden Firma. Auch hier erschien der Kollege nicht. Einmütig wurde sein Ausschluss aus dem Verbandsamt auf Grund des vorliegenden Materials beschlossen. — Am 9. Februar fand unsere Rosenberausstellung statt. — In der Versammlung am 22. Februar wurde ein interessanter Vortrag vom Kollegen K u r t M i l l e r (Halle) gehalten über „Illustrations- und Mehrfarbendruck“. Diese Versammlung hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen, und die Technische Kommission hatte ein reiches Betätigungsfeld. — Die letzte Versammlung war am 22. März. Hier erstattete die Technische Kommission Bericht von der Leipziger Frühjahrsreise, und Kollege K ö p p e referierte über „Schmitz und dessen Befreiung“. Kollege P l ö h erstattete Bericht über den neuen Mantelfarif und die Sonderbestimmungen für Drucker. Als Abschluß des ersten Vierteljahres erfolgte am 30. März eine Besichtigung der umfangreichen Gärtnereianlagen (Malienhau) der Firma Gebr. Heidenreich in

Geschichtliches zum 1. Mai

Der 1. Mai spielt in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine große Rolle. Am 20. Juli 1889 beschloß der in Paris zum erstenmal tagende Internationale Sozialistische Arbeiterkongress, daß in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richteten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen. Der 1. Mai wurde als der Tag bestimmt, an dem die Arbeiter die Arbeit ruhen lassen und ihre Forderung auf Einführung des Achtstundentages vorbringen. Mit diesem Beschluß, der mit Ausnahme der Russen und Belgier von allen auf dem Kongress vertretenen Nationalitäten angenommen wurde, beginnt der große geschichtliche Kampf der Arbeiter um die Arbeitsruhe am 1. Mai und um den Achtstundentag.

Der zweite Internationale Arbeiterkongress, der im August 1891 in Brüssel tagte, faßte folgende Resolution: „Am dem 1. Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter, der Forderung des Achtstundentages und der Bekämpfung des Klassenkampfes, zu wahren, beschließt der Kongress: Der 1. Mai ist ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität betonen sollen. Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.“ Der dritte, im Jahre 1893 in Zürich tagende Arbeiterkongress drückte seine Auffassung wie folgt aus: „Die Rundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten,

der zum Frieden innerhalb jedes Volkes wie zum internationalen Frieden führt.“ In gleichem Sinne entschieden der Londoner Kongress von 1896 und der Pariser von 1900. Einen bedeutungsvollen Beschluß faßte der 5. Internationale Arbeiterkongress, der 1904 in Amsterdam tagte. In der angenommenen Entschließung heißt es: „Im Anschluß an die Beschlüsse der Internationalen Kongresse fordert der Internationale Kongress zu Amsterdam die sozialistischen Parteiorganisationen und die Gewerkschaften aller Länder in der nachdrücklichsten Weise auf, alljährlich am 1. Mai für die geforderte Einführung des achtstündigen Arbeitstages, für die Klassenforderungen des Proletariats und für den Weltfrieden zu demonstrieren. Am wirksamsten kommt die Demonstration in der Arbeitsruhe zum Ausdruck.“

Unterdes waren die Unternehmer nicht untätig geblieben in der Abwehr der Maidemonstration. Die deutschen Unternehmer gaben sich dabei als die rücksichtslosesten Draufgänger zu erkennen. Bereits 1890 wurde zum ausschließlichen Zweck der Bekämpfung der Mäifeier der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona gegründet. Er eröffnete seine Tätigkeit mit der Ausspernung aller Arbeiter, die sich an der Mäifeier beteiligten hatten. Zu dem gleichen Zweck wurde 1896 der „Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie“ gegründet. Im Jahre 1906 forderte der Verein der deutschen Arbeitgeberverbände seine Mitglieder durch ein Rundschreiben auf: „Gemäß dem am 2. Mai 1901 vom Vorstand gefassten Beschluß machen wir Sie darauf aufmerksam, daß das unerschütterliche Fernbleiben der Arbeiter aus den Betriebsstätten am 1. Mai als Bruch des Arbeitsverhältnisses aufzufassen ist, und daß diese Arbeiter als Ausfällige zu betrachten sind.“

Der Bund der Arbeitgeberverbände beschloß 1907 auf seiner Jahresversammlung, „daß sämtliche am 1. Mai feiernde Arbeiter aussperrten seien“.

Undes stehen sich die Arbeiter von ihrer Mäifeier nicht abhalten. Sie erklären: „Wir wollen kein Recht, das wir nicht selber erobert, keine Freiheit, die wir nicht selber gefügt, keine Freude, die wir nicht selber gespendet, und auch kein Fest, das wir nicht selber uns genommen.“ Der Kampf um die Mäifeier nahm scharfe Formen an. Schon bei der ersten Mäifeier kam es zu ausgedehnten Aussperrungen in Hamburg und Berlin. Den Berliner Formern, die sich an der Mäifeier beteiligt hatten, wurde bei der Wiedereinstellung ein Revers vorgelegt. Durch Namensunterschrift sollten sie sich verpflichten, daß sie „mit der bisherigen Arbeitszeit und dem bestehenden Arbeits- und Akkordsystem auch fernerhin einverstanden“ seien. In ähnlicher Weise gingen die Unternehmer in Hamburg und Altona vor. Im Jahre 1894 kam es in Berlin wegen der Mäifeier der Böttcher zu einem Verbotskott. Ähnliches spielte sich 1896 in Kassel ab. Solche Mäifeierkämpfe zeigen sich in der ganzen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und in jeder Berufsorganisation. Die Unternehmer beantworteten die Mäifeier der Arbeiter mit Aussperrungen. Infolge Arbeitsruhe am 1. Mai 1908 wurden ausgesperrt: 5600 Hofarbeiter, 30 000 Metallarbeiter, 6000 Werks- und Fabrikarbeiter in Hamburg, 1000 Buchbinder in Berlin, 600 Schneider in Berlin, 500 Töpfer in Belsen, 270 Schuhmacher in Frankfurt und 130 Zimmerer in Berlin.

Zu den Mäifeiern noch besondere Maßnahmen, die sich die Unternehmer ausgedacht hatten, um die Arbeiter von der Mäifeier fernzuhalten. Es wurden schwarze Listen geführt, auf denen alle diejenigen Arbeiter verzeichnet standen, die

Wärmlich bei Halle. Es ist erfreulich, daß unsre erwerbslosen Kollegen wieder mehr Anteil an der Spartenarbeit nehmen. Mögen alle uns noch Zerstreuungen erkennen, daß wir heute mehr denn je zusammenhalten müssen. Manches könnte besser sein, wenn alle Kollegen mithelfen würden, unsre Sparte weiter auszubauen. Unser Mitgliederbestand beträgt in Halle 140, im Kreis 278.

Leipzig. In unsrer Gaumitgliederversammlung am 14. März schiederte Kollege Hesselbarth unter „Bereinsbericht“ die gegenwärtige Arbeitsmarktlage. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Wochen konstant geblieben, einige weitere Firmen haben teilweise Stilllegung beantragt und in anderen wird kurz gearbeitet. Erwähnung fand hierbei eine am 12. März abgehaltene Arbeitslosenversammlung, die nach einem Referat des zweiten Vorsitzenden des hiesigen Arbeitsamtes, Kollegen Diebeler, über die Organisation der Arbeitsvermittlung sich vor allem mit einigen unerfreulichen Erscheinungen beschäftigte. In der Aussprache wurde über die Arbeitsmarktlage gesprochen und von einem Redner die Stellungnahme des Bezirksausschusses Sachsen des DVGB zur sächsischen Regierungsbildung kritisiert. Die letztere Frage läßt Kollege Hesselbarth im Schlußwort auf. Anschließend erfolgte nach längerer Diskussion die Auffstellung der Kandidaten zur Gauvorstandswahl. Eine vollständige Liste der Einigen-Kommunisten fand nicht die genügende statistische Unterstützung. Zum dritten Tagesordnungspunkt beantragte der Gauvorstand die Erhebung eines Extrabetrages in Höhe von 30 Pf. zur Bestreitung der außerordentlich gewordenen Gausausgaben während der jetzigen großen Arbeitslosigkeit. Kollege Hesselbarth begründete ausführlich diese Maßnahmen, und seine Ausführungen wurden vom Kollegen Kromer in laffentendenziger Hinsicht ergänzt. In der Aussprache wurde die Erhebung des Extrabetrages von kommunistischen Rednern abgelehnt. In der Abstimmung wurde aber trotzdem der Antrag des Gauvorstandes mit übergroßer Mehrheit zum Beschluß erhoben. — Unsre Hauptversammlung am 31. März eröffnete Kollege Hesselbarth mit Gedankenworten für den verstorbenen Kollegen Adolf Bogenski. Er zeichnete in knappen Strichen noch einmal ein Lebensbild des alten Kämpfers, der von früher Jugend bis in sein hohes Alter treu der Sache der Arbeiterschaft ergeben war. Diese Gedankenworte wurden von der Versammlung als ein Zeichen der großen Verehrung festgehalten. Zum ersten Tagesordnungspunkt erfolgte die Bekanntgabe der Gauvorstandswahl. Einem auscheidenden Kollegen wurde der Dank für seine bisherige Mitwirkung ausgesprochen. Dann erfolgte die Prüfung des Rechenschaftsberichts. Hierbei wurde auf den gedruckt vorliegenden Bericht verwiesen. Er wurde ohne Aussprache entgegengenommen. Auf Antrag der Rednerinnen wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die bisher amtierenden Bibliothekare und Mitglieder des Kulturvereins wurden wiedergewählt und an die Stelle eines auscheidenden Redners wurde ein anderer Kollege gewählt. Die Festsetzung der Entschädigung für die Bibliothekare und Rednerinnen wurde gegen eine Stimme beschlossen. Eine kurze Aussprache gab es bei der Beschlusfassung über eingebrachte Änderungsanträge zu den Satzungen. Mit übergroßer Mehrheit wurden die kommunalistischen Anträge abgelehnt, mit dem gleichen Stimmenverhältnis dagegen einige Anträge des Gauvorstandes zum Beschluß erhoben. Gegen wenige Stimmen erfolgte dann zum Schluß der Hauptversammlung die Festsetzung der Beiträge in der vom Gauvorstand vorgeschlagenen Höhe.

Mainz. (Drucker.) — Bierzeltjahresbericht. „Warum stagniert das Buchdruckgewerbe?“ Über dieses sehr aktuelle Thema sprach in unsrer Januarversammlung Herr Steinhilber von der Firma Gg. Spieß (Leipzig). Gewissermaßen als Ergänzung dieser wirtschaftspolitischen Ausführungen schiederte der Referent an Hand von etwa 70 Bildnissen in recht anschaulicher und teilweise launiger Weise die Vorteile des Spieß-Teigels mit halbautomatischer Bogenabhebung, des Spieß-Gaugers der neuen patentantisch geschützten Seitenmarke, des Spieß-Falzgers und sonstiger Produkte der Firma Spieß. Beifälliger Beifall quittierte dankend für das in so sachlicher Art und Weise dem Auge und Ohr Gebotene. Eine durch das freundliche Entgegenkommen der Firmen Gebr. Hartmann, Kist & Ehinger, Berger & Wirth, Beit & Co., E. T. Weismann und Zänicke & Schneemann ermöglichte Kalenderschau

wurde durch eine Besprechung des Kollegen Bitter eingeleitet. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß sämtliche Firmen besetzt waren, Qualitätsbrude zu bieten. Die hierauf einsehende Verlesung der besprochenen Kalender löste vollste Zufriedenheit bei den glücklichen Gewinnern aus. — Die eben so gut besuchte wie anregend verlaufene 32. Generalversammlung am 28. März eröfnete nächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Dann wurden zwei Neuaufnahmen vorgenommen und Stellung zu dem Mantelartikelfachhändler hinsichtlich der Druckerbestimmungen genommen. Wenn auch der Tätigkeit unsrer Unterhändler vollste Anerkennung gezollt wurde, so löste doch die Protokollerklärung zu § 31 lebhaften Unwillen aus. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden wurde dem Gesamtvorstand und der Technischen Kommission Dank und Anerkennung ausgesprochen und die gesamte Leitung in ihrer seitherigen Befehung einstimmig wiedergewählt. Unter dem Punkt „Technisches“ sprach Kollege Bitter die vorliegenden Kalender der Firma Fischer & Kaumann (Smenau) sowie Qualitätsbrude der Berliner Maschinenbau AG. Schwartzkopf, wobei besonders die besagte Umarbeitung der Smenauer Kalender und der außerordentlich gute Ausfall des zweiseitigen Torbogen mit Tiefdruckwirkung, auf der Schwartzkopffpresse gedruckt, unvorhoffene Bewunderung auslösten. Bestens bewertet wurde auch die Mustermappe der Firma Gebr. Hartmann, die mitfant den belgischen Bildnissen, den Kalendern und den Wulstendruckern von Schwartzkopf unter die Versammlungssteine verlost wurden. Allen Firmen sei bestens gedankt.

Wannheim. (Handwerker.) Unsre am 7. Dezember vorigen Jahres gegründete Vereinigung hielt am 29. März ihre erste Vierteljahresversammlung ab. Leider war der Besuch sehr schwach, was auch allgemein am hiesigen Orte wenig Interesse für die Sparte vorzuhanden ist. Vorsitzender Emsfelder referierte über „Der neue Mantelartikelfach und die Handwerker“. Eine rege Aussprache über die Aufgaben der Handwerkerpartei schloß sich diesem Vortrag an. Für Mitte Mai ist eine Wanderverammlung nach dem zentral gelegenen Ort Ladenburg vorgesehen. Hoffen wir, daß die uns heute noch fernstehenden Kollegen bis dahin den Weg zu uns finden und an unsern Veranstaltungen rege teilnehmen.

Marienwerder. Unsre Versammlung am 12. April hatte einen starken Besuch zu verzeichnen. Eingangs nahm Vorsitzender Jilka an Veranlassung, auf die erfolgte Urabstimmung über den Mantelartikelfach hinzuweisen. Er gab dabei die Hoffnung Ausdruck, daß durch die Annahme des Tarifs der Frieden im Gewerbe gewahrt bleiben möge, was mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit erforderlich sei. Der diesjährige Walausflug soll am 11. Mai durch eine Wanderverammlung nach unsrer Nachbarstadt Kiefernburg begeben werden, um dort mit den Kollegen aus Kiefernburg und Rosenburg gemeinsam tagen zu können. Nach der Entgegennahme des Jahresberichts über das erste Vierteljahr erfolgte dann die Beschlusfassung über die Feier des 25jährigen Bestehens unsres Ortsvereins. Diese wird am Sonntag, dem 20. Juli, in Verbindung mit der Bezirksversammlung des Agitationsbezirks Ebing hier stattfinden. Die Veranaltung soll in einer den heutigen Zeitverhältnissen entsprechenden Weise würdig begeben werden und alle Mitgebühren sowie die Kosten, die in Marienwerder „getünfelt“ haben, vereinnigen.

München. (Drucker.) Unsre Generalversammlung am 22. März nahm nach Erlebigung der Vereinsangelegenheiten des Vorstandes und den Jahresbericht sowie den Kreisbericht entgegen. Dem Kassierer wurde für seine große Mühewaltung der Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt; auch die übrigen Berichte fanden volle Anerkennung. Der Kreisvorstand hatte eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Vorsitzender Felner dankte im Namen des Vorstandes für das Vertrauen und verband damit den Wunsch, den Vorstand durch zahlreichen Versammlungsbesuch zu unterstützen.

Neustadt a. d. S. Unsre Bezirks-Hauptversammlung am 30. März hatte einen äußerst starken Besuch aus allen drei Ortsvereinen aufzuweisen. Einleitend wies Vorsitzender Reinwald auf die in letzter Zeit stark zunehmende Arbeitslosigkeit unsrer Berufs-Kollegen hin und mahnte zu gewerkschaftlicher Betätigung aller Kollegen. In den Verband aufgenommen respektive

von der Lehrlingsabteilung überfrieben wurden neun junge Kollegen. Der Auswahlantrag eines Dürkheimer Kollegen wurde einstimmig abgelehnt, dagegen dem Ausschluß eines Mitgliedes (Prinzpalis) in Jnsheim wegen Ketzertums zugestimmt. Den Jahresbericht vom vierten Quartal 1929 erstattete Kollege Mayer. Der Jahresbestand betrug 665 M. Den Jahresbericht gab Kollege Krass. Es war daraus zu ersehen, daß auch das vergangene Jahr für unsern Bezirk ein recht arbeitsreiches war. Der Ortsverein Dürkheim blieb das Schmerzenskind innerhalb des Bezirks Neustadt. Der bisherige Vorsitzende Reinwald trat aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurück und es wurde Kollege Mayer zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Auch in der Besetzung der übrigen Vorstandsposten trat eine Veränderung ein. Es ist das erstmalig, daß der Orts- und Bezirksvorstand Neustadt mit verschiedenen Vorstandsmitgliedern besetzt wurde. Bisher fungierte der gesamte Ortsvorstand von Neustadt zugleich als Bezirksvorstand unter Hinzuziehung der Vorsitzenden von Landau und Bad Dürkheim. Unter „Verschiedenem“ wurden interne Angelegenheiten erörtert. Mit einer Mahnung an die Kollegen, auch in Zukunft die Versammlungen so zahlreich wie heute zu besuchen und noch mehr wie bisher in dieser ersten Zeit sich gewerkschaftlich zu betätigen, schloß Kollege Birgban die lebhaft verlaufene Versammlung.

Neuburg. (Drucker.) Unsre erste Generalversammlung am 29. März hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. In dem Jahresbericht, den der Vorsitzende gab, ging er zunächst auf die Gründung und Entwicklung des Vereins ein, um dann über die geleistete Arbeit im verflochtenen Jahr zu sprechen, wobei er den Kollegen, die sich zu den Beiträgen zur Verfügung gestellt hatten, nochmals den Dank abtattete. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 60 Proz. der Kollegen besucht. Der Kassierer gab einen günstigen Jahresabschluß, und es wurde ihm Johann einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Bereinsmitteilungen“ brachte der Vorsitzende verschiedene vor Kenntnis, wobei man sich dahingehend aussprach, im kommenden Jahr wieder eine Besichtigung vorzunehmen und die Beteiligung am zweiten Mitteldeutschen Drucker-tag möglichst reiflos durchzuführen. Ferner wurde ein gemeinsamer Ausflug mit dem Neuburger Druckerverein in Aussicht genommen. Dann kam ein Bericht der Technischen Kommission des hiesigen Druckervereins über die Bugramesse Frühjahr 1930 zur Verlesung. Er fand allgemeinen Beifall und gab Anlaß zu reger Diskussion. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Nürnberg. In unsrer gut besuchten Versammlung am 31. März hörten wir als Referenten Herrn Dr. Schünz von der Staatlichen Wirtschaftsschule Düsseldorf in einem Vortrag über „Die gegenwärtige Wirtschaftslage“. In äußerst interessanten Ausführungen behandelte der Referent Politik und Auswische der heutigen Wirtschaftssituation. Nach jedem Kriege, die eine „notwendige“ Folge des entwickelten Kapitalismus sind, folgt eine Er schöpungsperiode, wie wir sie auch heute haben und die durch eine Überproduktion bei geschwächter Kaufkraft begründet ist. Das Kapital schüßt sich vor Gewinnverlusten durch Rationalisierung, Konzentration, Kartellierung und Internationalisierung. Die Folgen der Rationalisierung, durch weitgehende Technisierung der Betriebe, in der der Arbeiter einfach dem Tempo der Maschine folgen muß, spüren wir heute an der Arbeitslosigkeit von etwa drei Millionen. Ein Beweis dafür, daß die Kosten der Rationalisierung die Arbeiterkraft allein zu tragen hat. Als Beispiel führte der Referent statistisch einwandfreies Material an, nach dem einzelne Berufsgruppen trotz verminderter Arbeiterzahl Leistungssteigerungen bis zu 40 Proz. aufzuweisen haben. Durch weitgehende Konzentration und Verteilung der Produktion auf einzelne Werke werden große Verwaltungskosten „eingespart“ und minder rentable Betriebe einfach stillgelegt. Um die Opfer der Stilllegung kimmert sich dann niemand. Eine wichtige Rolle spielt hierbei auch die Produktions- und Absatzverteilung. Ein weiteres Mittel, um die Preise hoch zu halten, ist die Kartellierung. Diese verbietet einfach dem Verkäufer, Ware zu einem niedrigeren als vorgeschriebenen Preis abzugeben, auch dann, wenn die Herstellungskosten sich verbilligt haben. Wie weit die Kartellierung vorgeschritten ist, beweist, daß etwa 40 Proz. der Waren eines Kolonialwarenhändlers unter „Markenware“ fallen. Redner erinnerte daran, daß seit etwa zwei Jahren der Roggenpreis um 90 M. gefallen ist, wovon allerdings der Verbraucher nichts gemerkt hat. Hingru kommt noch die Internationalisierung, also der Zusammenschluß der großen Konzerne über die nationalen Grenzen hinaus. Mehl, Margarine, Kunstseide, Chemie, Öl, Film usw., sind mehr oder minder als Weltkonzerne zusammengeschlossen. Treffend charakterisierte der Referent einige davon, z. B. den Ufa-Filmkonzern, der die Hälfte der deutschen Filmindustrie unter Hubenberg kontrolliert. Unser Wirtschaft geht es gar nicht so schlecht, wie von oben gemantert wird, als Beweismaterial müssen die Klein- und Mittelbetriebe herhalten. Wie es dem Großkapital geht, wurde an Hand von Zahlenmaterial über die Zusammenfassung der deutschen Aktiengesellschaften und die Kapitalverteilung auf Klein-, Mittel- und Großunternehmen treffend kargelegt. Des weiteren schiederte der Redner die Kapitalflucht in die neutralen Staaten, die zum Teil nur noch als Kolonien eine Existenzberechtigung haben. Dem allen gegenüber kann sich nur eine selbstgeleitete organisierte Arbeiterschaft behaupten. Hieran mitzuwirken, sei Pflicht eines jeden Arbeiters selbst. Redner schloß mit der Charakterisierung: „Da sich die Methoden der Wirtschaft nicht einer Anpassung anpassen können, muß sich die Weltanschauung nach den Methoden der Wirtschaft richten.“ Unter reichem Beifall konnte der Vorsitzende König beim Referenten den Dank der Versammlung aussprechen. Nach Erlebigung geschäftlicher und gewerkschaftlicher Angelegenheiten wurde der tarifliche Neuaufschluß zur Debatte gestellt. Scharf kritisiert wurde der Neuaufbau durch Herabsetzung von Ortszuschlägen im Lohnen, die Nichtentkung der Arbeitszeit und die Lehrlingskasta, ferner das Verhalten des Prinzipalsvertreters im Fachauschuß sowie die reaktionäre Einstellung der Handwerkskammer Düsseldorf. Interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

sich an der Maifeier beteiligt hatten. Die Listen wurden unter den Unternehmern ausgetauscht. Ein andres Mitglied bestand in der Erkenntnisänderung der am 1. Mai entlassenen Arbeiter in ihren Arbeitsbüchern. Die Arbeitgebervereinigung von Reichenberg beschloß 1895: „Bei den wegen des 1. Mai entlassenen Arbeitern ist das Datum in den Arbeitsbüchern nicht in Ziffern, sondern in Buchstaben beizufügen; die Arbeitsbücher sind bei der Aufnahme eines Arbeiters genau zu kontrollieren.“ Der schlaue Unternehmerverein befürchtete, die Arbeiter könnten die Zahl ändern, daher sollte das Datum in Buchstaben geschrieben werden.

Aber auch diese Maßnahmen halfen nicht. Die Maifeierbewegung war nicht mehr aufzuhalten, und viele Unternehmer begannen die Zwecklosigkeit ihres Vorgehens einzusehen. Bereits im Jahre 1900 konnte der sozialdemokratische Parteivorstand auf dem Parteitag in Mainz feststellen, daß „in diesem Jahre die Zahl der Unternehmer eine erschreckliche war, die anerkennen, daß die Arbeiter, die das Opfer eines Arbeitstages für ihre Ideale bringen, nicht die schlechtesten sind, und deshalb den Wünschen ihrer Arbeiter auf Freigabe des 1. Mai bereitwillig entgegenkamen“. Und die demokratische „Frankfurter Zeitung“ schrieb, „daß es den Unternehmern wenig zu kümmern habe, ob der Arbeiter den 1. Mai zu einer nach seiner Ansicht vernünftigen oder unvernünftigen Demonstration benütze“. Aber die Maifeiern kosteten den Gewerkschaften auch viel Geld. Millionen mußten für Ausgsperrte und Gemahregelte ausgegeben werden. Die Hamburger Ausgsperrung von 1890 kostete an Unterstützung rund 970 000 M. Als nach 1900 die Ausgsperrungen größeren Umfang annahmen,

waren für Unterstützungszwecke noch bedeutendere Summen erforderlich. Der Metallarbeiterverband gab 1906 für Materialausgsperrte 128 000 M. aus, der Holzarbeiterverband 1908 rund 150 000 M., andre Verbände hatten ebenfalls große Summen aufzubringen. Außerdem sprang die Sozialdemokratische Partei bei umfangreichen Ausgsperrungen mit bedeutenden Summen ein, in Berlin 1906 mit 100 000 M.

Hemmend wirkte bei dem Kampf um die Maifeier die Uneinigkeit der Arbeiter, Anarchisten und Syndikalisten, Zweifler und Völgler arbeiteten den Unternehmern in die Hände. Die Rabatellen wollten ihre „Propaganda der Tat“ an den Mann bringen, die Zweifler und Völgler fanden alles nicht gut. Die Unternehmer benutzten die Gelegenheit, ihre friedlichen Organisationen aufzulösen. In Friedenau bei Berlin entstand 1906 im Anschluß an die Maifeier die „Freie Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Optischen Anstalt C. F. Götz“, und Herr Alfred Krupp schuf neben einer Werkvereinigung auch eine „Arbeiterkürper“. Am Vorabend einer Maifeier erklärte Herr Krupp: „Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, Ichnehme jedes Eingehen auf ungerechte Forderungen ab, werde wie bisher jedem gerechten Verlangen zuvorkommen, fordere daher alle diejenigen, welche sich damit nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorzukommen, und so in geschlichter Weise das Establishment zu verlassen, um andern Platz zu machen mit der Verfertigung, daß ich in meinem Hause wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben werde.“ Dieser Herr-in-Haus-Standpunkt ist inzwischen stark erschüttelt worden, die Arbeiter haben sich das Fest selbst gewonnen, das sie haben wollten. E. M.

Rosenheim. Unser Frühjahrs-Bezirksversammlung am 6. April wies einen sehr guten Besuch auf. Vorher waren die Lehrlinge des Bezirks veranlagt, die ebenfalls zahlreich vertreten waren und die Ausführungen des Gaujugendleiters, Kollegen Ebert (München), mit Begeisterung aufnahmen. Der Jahres- und Bezirksbericht des Vorsitzenden Niederlechner zeugten von intensiver Tätigkeit. Der Beschäftigungsstand im Bezirk war im abgelaufenen Jahr mittelmäßig. Die Eignungs- und Zwischenprüfungen der Lehrlinge kommen glatt zur Durchführung. Die Neuwahl des Vorstandes brachte keine Änderung. In einem fast zweistündigen Vortrag, „Aufsichten und Aufgaben für die Zukunft“, entrollte uns dann unser zweiter Gauvorsitzer Ebert ein Bild über die Einstellung des deutschen Unternehmertums, über die derzeitige wirtschaftliche Lage und den Kampf um die politische Macht. Seine tiefgründigen Schilderungen fanden dankbaren Beifall. Die einzelnen Druckorte berichteten von größerer Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeit. Es werden von letzterer gerade die jüngeren Kollegen betroffen. Obersberg hatte einen Zugang von drei Gutenberghändlern zu verzeichnen. Für die Herbsttagung wurde Wasserburg am Inn ausgerufen.

Stuttgart. (Maschinenseher. — Vierteljahrsbericht.) In unserer Versammlung am 2. Februar wurde in erster Linie die Vorarbeit für die Generalversammlung geleistet. Durch den Rücktritt des Kollegen Hagenbuch als Kassierer mußte dessen Posten neu besetzt werden, den Kollege Döbel in übernahm, während die übrigen Vorstandsmitglieder weiter amtieren. Auch in der Technischen Kommission gab es insofern eine Änderung, als zwei Kollegen Juridikaten, für die die Kollegen Roos und Kop eintraten. Abschließend hielt Kollege Lieber von Gauvorstand einen aktuellen Vortrag über „Gewerkschaftliche Tätigkeit im Lichte der heutigen Wirtschaftsentwicklung“, der den Realismus des Referenten erkennen ließ und viele gute Anregungen enthielt.

Ulm-Neuulm. In unserer hier abgehaltenen Bezirksversammlung, an welcher außer den Kollegen von Ulm-Neuulm solche aus Leupheim, Blaubeuren und Ditzingen teilnahmen, stand ein Lichtbildvortrag über die Interzypen von Kollegen Strobel (München) auf der Tagesordnung. Mit größter Spannung verfolgten die zahlreichen Anwesenden dessen Ausführungen. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine Ausführungen, und es wurde ihm der Dank der Versammlung durch den Vorsitzenden Glaser zum Ausdruck gebracht. Kollege Hohl gab hierauf in längerem Ausführungen ein anschauliches Bild über die letzten Tarifverhandlungen. An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen. Es kam hauptsächlich zum Ausdruck, daß unsere beruflichen Vertreter nichts unversucht gelassen hätten, um den geschäftsfähig gestellten Anträgen Geltung zu verschaffen. In der Urabstimmung mußte bewiesen werden, daß wir einig und geschlossen hinter unsere Vertreter stehen.

Waldenburg i. S. (Vierteljahrsbericht.) Unser Jahreshauptversammlung am 11. Januar hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Aus dem von Vorsitzenden Gursch verlesenen Jahresbericht ging hervor, daß sich die Mitgliederzahl auf 105 erhöht hat. Die Arbeitslosenzahl war das ganze Jahr hindurch eine verhältnismäßig hohe. Die hohe Zahl der Durchreisenden stellte hohe Anforderungen an die Ortskasse. Um alle Fälle weiter zahlen zu können, wurde der Beitrag um 10 Pf. pro Woche erhöht. Die Herberge wurde ins Wirtshaus in Stadtteil Altwasser verlegt. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Für den durch Verzug ausgebliebenen Lehrlingsleiter Ernisch wurde Kollege Stewig gewählt. — In der Versammlung am 22. Februar waren 50 Kollegen anwesend. Es wurden die Kassierberichte des Orts- und Bezirkskassierers entgegengenommen. Kollege Röhrl berichtete über die Gauvorstandsprüfung, an der die Bezirksvorsitzer von Waldenburg, Diegnitz und Briesg teilnahmen. Christliche Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. — Am 29. März fanden sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einer Wanderversammlung auf der herrlich gelegenen „Friedenshöhe“ in Gottesberg ein. Der Abschluß der Wandertarifverhandlungen wurde einer längeren kritischen Besprechung unterzogen, doch auch die mühevollen Tätigkeit unserer Gehilfen und Vertreter anerkannt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles ging man zur Friedstas über, die die Anwesenden in alter Buchdruckerfröhlichkeit bis in die frühen Morgenstunden vereinte.

Wittenberg. (Sandseher. — Vierteljahrsbericht.) In der Hauptversammlung am 3. Januar gab Vorsitzender Kühne den Jahresbericht. Von 66 Sandsehern am Orte gehören 47 unserer Vereinigung an. Den Kassierenbericht gab Kollege Rupp. Der gute Bestand beweist eine zielbewusste Führung. — In der außerordentlichen Versammlung am 2. Februar wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Da der bisherige Vorsitzende die Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Lorenz Neubaier einstimmig gewählt. Als Kassierer wurde Kollege D. Rupp wiedergewählt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. — Zur Vorstandskonferenz der Gauvereinigungen in Halle am 9. Februar wurden als Delegierte die Kollegen Neubaier und Rupp gewählt. Der vom Kollegen Kühne eingebrachte Antrag zu dieser Konferenz wurde von der Versammlung angenommen und weitergeleitet. Der neue Führer unserer Vereinigung trat sein Amt mit herzlichsten Dankworten an Kollegen Kühne für die in zweijähriger Tätigkeit geleistete Pionierarbeit für die Sandseher an und rief alle Kollegen zu reger Mitarbeit auf. — Zur Berichterstaltung über die Vorstandskonferenz der Sandsehervereinigungen im Gau An der Saale berief der neue Vorstand zum 26. Februar eine Versammlung ein, die von 24 Mitgliedern besucht war. Vor ihrem Beginn lagen Geschäftsprüfungsarbeiten von Ostern 1929 aus, die reges Interesse fanden. Vorsitzender Neubaier u. a. berichtete ausführlich über den Verlauf der Konferenz. Die Versammlung zeigte sich mit dem Resultat zufrieden und sah von einer Diskussion ab. Zur Stabilisierung der Kassenverhältnisse wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, jede vierte Woche ab Monat März einen doppelten Beitrag (20 Pf.) zu erheben. Der Vorstand plant zum engeren Zusammenschluß mit der Grafenbainhofer Sparte ein Treffen. Hierbei

famen die dortigen Verhältnisse zur Sprache. Bestimmt wurden von dort eingearbeitete verarbeitete Metalle angefordert, denen ohne Zahrgeldzuschuß noch zugemutet würde, zum Minimum zu arbeiten. Aufgabe der Handsehervereinigungen muß es sein, solche Forderungen zu bekämpfen. Der Vorsitzende regte ein zwangloses Treffen mit Familie an Sonntagen an, was allgemein begrüßt wurde. Das erste Treffen fand in Kienberge-Pratau statt. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde ein Vortrag mit Lichtbildern gehalten, der uns von der Büchergilde Gutenbergs zur Verfügung gestellt und „Die Wahrheit über Mexiko“ betitelt war. Der Vortrag gab einen interessanten Einblick in die mexikanischen Verhältnisse. Die gezielte Aufmerksamkeit und das offensichtliche Interesse bis zum Schluß bewiesen, daß die Büchergilde nur Freunde in unsern Reihen hat.

Allgemeine Rundschau

Kadachmenswertes Beispiel. Der Inhaber der Buchdruckerei Paul Presuhn in Götting (Kreis Alzen) überreichte einem bei ihm beschäftigten Gehilfen in Würdigung seiner zehnjährigen Betriebszugehörigkeit eine goldene Uhr mit entsprechender Widmung.

Gehilfenprüfung. Im Siedesitz der Gewerbestammer 41 u. n. unterzogen sich Ostern 1930 nicht weniger als 44 Prüflinge (32 Seher- und 12 Druckerlehrlinge) der Gehilfenprüfung. Davon waren einer aus Adorf, vier aus Auerbach, einer aus Bad Ester, einer aus Brambach, einer aus Brunnhödra, einer aus Esterberg, einer aus Erzbach, drei aus Falkenstein, einer aus Greiz (freiwillig), zwei aus Klingenthal, drei aus Markneukirchen, zwei aus Mplau, einer aus Reßschau, zwei aus Ritsch, einer aus Rausa, zehn aus Plauen, fünf aus Reichenbach, einer aus Schönd, drei aus Treuen. Die Prüfung fand am 22. und 24. April in der städtischen Gewerkschule zu Plauen statt, nachdem am 5. April eine schriftliche Prüfung der Lehrlinge und am 5. und 8. April eine Begutachtung der in den Lehrbetrieben hergestellten praktischen Arbeiten durch die Prüfungskommission vorangegangen war. Das Gesamtergebnis war folgendes: Von den 32 Sehern erhielten im Praktischen 27 die Note Gut und 5 die Note Genügend; im Theoretischen 27 die Note Gut und 5 die Note Genügend. Von den 12 Druckern bekamen im Praktischen 5 die Note Gut und 4 die Note Genügend; im Theoretischen 5 die Note Gut und 7 die Note Genügend, so daß sämtliche 44 Prüflinge die Prüfung bestanden haben.

Sperre des österröschischen Verbandsgebietes. Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung unseres Verbandsvorstandes in dieser Nummer sei auch an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen daß in Anbetracht der gegenwärtigen Tarifbewegung das gesamte österröschische Verbandsgebiet für jeden Zugang gesperrt ist. Es wird dringend um Beachtung dieser Sperreverhängung gebeten, insbesondere auch durch unsere Funktionäre bei Buchausstellungen und Anträgen.

Erhebung der Unterhaltungsätze im Deutschen Faktorenbund. Der Not der Zeit gehorchend, sah sich eine am 8. und 9. März nach Berlin einberufene Kreisvorsitzendenkonferenz des Faktorenbundes zur Erreichung von Sparmaßnahmen auf dem Unterhaltungsgebiete gezwungen, die sich mit Ausnahme der Amugus- und Waisenunterstützung auf alle Unterhaltungsrichtungen des Bundes erstreckten. Schon auf der vorjährigen Hauptversammlung in Köln wurde zur Behebung der eingetretenen kostentechnischen Schwierigkeiten die Erhöhung des Bundesbeitrages um 3 M. auf 15 M. monatlich beschlossen. Es handelte sich insbesondere um die unveränderte Aufrechterhaltung des gezahlten Invalidenunterstützungssatzes, was naturgemäß für eine so kleine Organisation mit überwiegend älteren Mitgliedern sehr schwierig ist. Aber einen Antrag, zur Unterlegung der Frage, ob und in welcher Höhe die Unterhaltungsätze zu kürzen seien, eine Kommission einzusetzen, die diese Aufgabe nach der Hauptversammlung lösen sollte, kam es in Köln zu sehr heftigen Auseinandersetzungen. Der Antrag selbst wurde jedoch mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Es wurde beschlossen, Krankenunterstützung erst von der siebenten Woche an zu gewähren, sonst blieb im wesentlichen alles beim alten. Inzwischen gestaltete sich die finanzielle Lage des Faktorenbundes unter dem Druck der fischelsten allgemeinen Wirtschaftstages keineswegs günstiger. Die Ausgaben für die Krankenunterstützung und für die Stellenlosenunterstützung stiegen fortgesetzt, noch mehr aber die Ausgaben für die Invaliden- und Witwenunterstützung. Allein diese beiden Unterhaltungsgegenstände beanspruchten im dritten Vierteljahr 1929 81 Proz. der gesamten Einnahmen des Faktorenbundes. Mit dem Rest konnten die übrigen Unterhaltungsgegenstände und die Verwaltungskosten sowie die Zuschüsse zum Bundesorgan, der „Graphische Welt“, nicht mehr gedeckt werden. Infolgedessen sah sich der Bundesvorstand gezwungen, gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden Mittel und Wege zu suchen, die es gestatten, wieder einigermaßen hoffnungsvoll in die Zukunft zu sehen. Die einberufene Kreisvorsitzendenkonferenz beschloß denn auch, die Invalidenunterstützung von 105 M. nach 30 Beitragsjahren auf 75 M. monatlich herabzusetzen. Diese Unterstützung beläuft sich fernerhin nach fünf Beitragsjahren auf 25 M. monatlich, steigend für je ein Beitragsjahr um 2 M. Auch die Witwenunterstützung wurde um 20 Proz. reduziert. Desgleichen erließen Abträge die Krankenunterstützung von 3 M. auf 2 M. täglich und die Stellenlosenunterstützung von 5 M. auf 4 M. Weiter beschloß die Kreisvorsitzendenkonferenz noch, die „Graphische Welt“ künftig nur noch dreimal monatlich erscheinen zu lassen, und es dem Bundesvorstand zu überlassen, die Schriftleitung bis zum nächsten Hauptversammlung ehrenamtlich zu führen.

Selbstliche stellensloser Redakteure. Wie aus der Berliner Tagespresse hervorgeht, hat die vor Monatsfrist gegründete Notgemeinschaft Deutscher Redakteure zur Beseitigung der wirtschaftlichen Not der zur Zeit in Berlin befindlichen stellenslosen Redakteure und Tagesdrucker ihre Tätigkeit nunmehr aufgenommen. Sie bezweckt die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die stellenslosen Journalisten, denen es ermöglicht werden soll, so zu einer monatlichen wirtschaftlichen Beihilfe zu gelangen. Die Gründer der Notgemeinschaft sind von der Erwägung aus-

gegangen, daß man darüber hinaus auch den moralischen und seelischen Nöten der stellenslosen Journalisten Rechnung tragen muß, da wertvolle Köpfe durch ihre Tatenslosigkeit völlig verkommen und der Geisteswelt entzogen werden. Die Gründung war auch deshalb notwendig, weil bisher von keiner Seite etwas für die arbeitslosen Journalisten getan wurde. Die Notgemeinschaft hat ein umfangreiches Arbeitsprogramm entworfen. Gelingen es, dieses Programm durchzuführen, so ist die Sicherheit gegeben, daß ein großer Kreis zur Mitarbeit herangezogen und erheblich unterstützt werden kann. Beiträge werden von den Mitgliedern nicht erhoben. Die Leitung der Notgemeinschaft liegt in den Händen der Herren Ernst Quadt, Walter Eggan und Heinz-Bruno Scharffe. Die Notgemeinschaft arbeitet in enger Fühlungnahme mit dem Arbeitsamt Berlin-Mitte, Abteilung für mündliche Angehörige geistiger Berufe.

Maifeierzeitung vergriffen. Nach einer Mitteilung des Verlages S. H. W. Dieß Nachf. in Berlin ist die diesjährige offizielle Maizeitung, in der unter dem Motto „40 Jahre Maifeier“ historische Beiträge von alten Kämpfern aus der Zeit des Sozialistengesetzes veröffentlicht werden, bereits vergriffen. In Anbetracht der hohen Auflage von fast einer halben Million ist das ein bemerkenswerter Erfolg.

Kommunistische Stützungsversuche bei Maifeiern. Um dem „Kriegsgefühlen“ Bedürfnis der Kommunisten zu weiterer Zerrüttung der deutschen Arbeiterbewegung abzugeben, hat das Zentralkomitee der KPD, am 10. April ein Rundschreiben an die Bezirksleitungen der Partei versandt, in dem zur planmäßigen Stützung sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Maifeiern ausführende Anweisungen gegeben werden. Nachdem das Rundschreiben festgelegt hat, daß auch in diesem Jahr gemeinsame Feiern nicht möglich seien, entwickelt es einen genauen Plan für die Bildung und die Aktion organisierter Stützungs-kolonnen, die, um ihnen den Anschein der Samtlosigkeit zu geben, als „Distalionsgruppen“ bezeichnet werden. Die Unterbezirke werden aufgefordert, den Bezirken „Stabste Genossen“ zu melden, die gemeinsam geknüpft und dann in Trupps verteilt werden sollen. Die „Stabste Genossen“ sollen „sich an den Feiern der Reformisten beteiligen, Gespräche mit Teilnehmern anknüpfen und so Distalitionen in die Wege „leiten“. Es wird angeordnet, daß immer eine entsprechende Zahl von „Stabste“ in die Nähe des Distalionsleiters kommandiert wird. Diese „haben dafür zu sorgen, daß den Gruppenleiter kein Haas geknüpft wird“. Eine besondere Aufforderung, sich an der Aktion zu beteiligen, wird an die Jugend gerichtet. „Für die Jugend“, heißt es in dem Rundschreiben, „sind die schon bestehenden Kolonnen, die sich bisher gut bewährt haben, zu verwenden.“ Die Gewerkschaften werden ihre Maifeiern vor dem Terror halbwichziger Barischen zu schützen wissen.

Langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zwischen dem 1. und 15. April 1930 um rund 195 000 Personen auf 1 859 000 zurückgegangen, während sich die Zahl der Nebenunterstützungsempfänger um etwa 87 000 auf 302 000 erhöht hat, so daß insgesamt in diesen beiden Unterhaltungsrichtrichtungen Mitte April 1930 rund 2 160 000 Hauptunterstützungsempfänger unterstützt worden sind. Seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre Ende Februar betrug die Frühjahrsentlastung in beiden Unterhaltungsrichtungen in den sechs Wochen bis zum 15. April rund eine halbe Million Hauptunterstützungsempfänger.

Hohe Arbeitslosigkeit in Amerika. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, hat die „Nationale Liga gegen Arbeitslosigkeit“ einen Aufruf erlassen, in dem die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf nicht weniger als 6,8 Millionen beziffert wird. Für den 27. April war im ganzen Lande die Abhaltung eines „Arbeitslosen-Sonntags“ geplant, zu dem die genannte Liga alle Staats-gouverneure, Bürgermeister, Kirchen- und Wohlfahrtsorganisationsleiter der Vereinigten Staaten zur Beteiligung aufgerufen hatte. Daß die Staatsbehörden der Bekämpfung des sozialen Elends in Amerika ein stärkeres Interesse zuzuwenden beginnen, geht aus einer Meldung aus Washington hervor. Danach soll sich das Senatkomitee für Arbeitslosenfragen überraschend schnell über das Schicksal der Gesetzesvorlagen des New Yorker Senators Wagner zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verständigt haben. Er verlangt die Einsetzung einer wirtschaftlichen Stabilisierungskommission, der ein Betrag von 150 Mill. Dollar zum Zweck der Bekämpfung der amerikanischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden soll. Ferner seien die Vorlagen die Schaffung eines statistischen Büros für Arbeitslosenfragen und eines unentgeltlichen Bundes-arbeitsnachweises vor.

Weitere Steigerung der deutschen Ausfuhr. Die Bilanz des deutschen Außenhandels zeigt für Monat März einen Ausfuhrüberschuß von 170 Mill. M. Infolge des Zoll-abrechnungsverfahrens liegt der zahlenmäßige Überschuß noch um 60 Mill. M. höher. Im reinen Warenverkehr betrug die Gesamteinfuhr im März 1930 881 Mill. M., gegen 982 Mill. M. im Vormonat. Die Ausfuhr belief sich im März auf 1104, gegen 1026 Mill. M. im Februar. Nach Berücksichtigung der durch die Zollabrechnungen erforderlichen Korrekturen ergibt sich für das erste Vierteljahr ein Ausfuhrüberschuß von 230 Mill. M. In den Ausfuhrziffern sind die Reparationsleistungen mit enthalten. Die Erhöhung der Ausfuhr ist im wesentlichen auf die Steigerung der Fertigwarenausfuhr zurückzuführen. Bei der Einfuhr gingen besonders die Lebensmittel zurück. Rohstoffe und halbfertige Waren behaupteten die Höhe des Vormonats. Der Monat März d. J. zählt zu den Monaten mit den höchsten Ausfuhrüberschüssen. Die Fertigwarenausfuhr in Höhe von 834 Mill. M. ging über den Gesamtdurchschnitt des vergangenen Jahres um 1 Mill. M. hinaus. Das Abfinden der Rohstoffzufuhr ist weniger erfreulich, entspricht aber der gegenwärtigen Konjunkturstufe. Im ganzen zeigt die Entwicklung der Handelsbilanz, daß die deutsche Industrie sich auf dem Weltmarkt zu behaupten vermag. Ein neuemwarter Ausfuhrüberschuß erleichtert die Auslandsverpflichtungen, namentlich soweit die Reparationsleistungen in Frage kommen.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber... Zusammengefasst vom Patentingenieur Gustav Weber...

- Einspruchsfrist für die Patentanmeldungen: 10. Juni 1930.
Patentanmeldungen (veröffentlicht im 'Patentblatt' vom 10. April 1930):
Al. 15a Nr. 74 431 Ostkaut Nutsche, Gunglins 1. B., Buchbrucker-Abt.

Patenterteilungen:

- Al. 15b 407 105 Arthur Krefelin, Niedersiedlich b. Dresden, Verfahren zur Erzeugung farbreicher, durchscheinender Metallplatten für demographische Zwecke.
Al. 15d 409 837 George Mann & Co., Ltd., Leeds, England, Schwingende Voranfertiger für Druckmaschinen.

Gebrauchsmuster:

- Al. 15a 1 116 105 Mergenthaler Schreibmaschinen-Fabrik C. M. & S., Berlin N. 4, Gebrauchsmuster zur Einrichtung zum Bekleimen von Buchstaben bei Matrizen- und Lithographie-Verfahren.
Al. 15a 1 115 150 Francesco Sandrinelli, Bimptsch, Bern, Vorrichtung für die Scher- und Schneidmaschinen zum Zerschneiden von Papier.

Verschiedene Eingänge

Artikel für Buchgewerbe und Gebrauchsmuster... Artikel für Buchgewerbe und Gebrauchsmuster... Artikel für Buchgewerbe und Gebrauchsmuster...

Armenien 1915... Die Völkermord... Die Völkermord... Die Völkermord... Die Völkermord... Die Völkermord...

Verstorben... In Düsseldorf am 8. April der Seher Ernst Wuker, 74 Jahre alt.

Verstorben... In Karlsruhe am 18. April der Seher Hans Schwelert aus Nürnberg, 40 Jahre alt.

Verstorben... In Nürnberg am 16. April der Seherin Luise Julius Döbel, 70 Jahre alt.

Verstorben... In Berlin am 17. April der Seher Alfred Kannegeiser aus Hamburg, 57 Jahre alt.

Verstorben... In Nürnberg am 10. April der Stereotypen-Erfinder Ernst Döbel, 70 Jahre alt.

Verstorben... In Berlin am 12. April der Seher Bernhard Vunt, 40 Jahre alt.

Verbandsnachrichten

Sperre des österreichischen Verbandsgebietes

Das österreichische Verbandsgebiet ist für jeden Zugang, auch für Reisende, gesperrt. Die Verwalter der Grenzstellen sind angewiesen, keine Abfertigungen nach der österreichischen Grenze vorzunehmen.

Der Verbandsvorstand

Statistikarbeiten einleunden!
Erschienen: Einlenbungstermin für April 8. Mai, Statistik für die Fällung der Arbeitslosen 20. April. Auf richtige Fertigmachung der Statistikarbeiten ist zu achten.

Van Hamburg-Altona. In der laufenden Tarifperiode sind für die hamburgischen Eric des Ganges als Wahlfeiertage vereinbart worden: Karfreitag, Pünimmlahrt, Bitttag.
Der Vorstand.

Adressenveränderungen

Mannheim. (Bezirksbereich der Drucker.) Vorsitzender: Alfred Ziemer, Seheidammstraße 15.
Beisitzer: Vorsitzender: Moritz Tobias, Nielsen (S. A.).

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im Gau Ober die Schmelzbecken J. Franz S o w e, geb. in Bad Polzin 1900, ausgal. dal. 1918, waren schon Mitglied; die Seher J. Werner M e e r, geb. in Bad Polzin 1911, ausgal. dal. 1929; J. Hans F e l d, geb. in Bad Polzin 1907, ausgal. dal. 1925; waren noch nicht Mitglieder. — Gustav Meinte, Statistik, Vindstraße 20.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Gesamt. Für den Reisenden Robert J i n d l e r (Gauverbandsnummer 107 605), liegt ein Brief an der Poststelle. Die Funktionäre werden gebeten, Briefe an diese Poststelle aufmerksamer zu machen, damit er keine Adresse an uns verliert.
In Düsseldorf: Die Kollegen Seher Heinrich K e r h (Gauverbandsnummer 4107) Drucker Arthur K i r h e n (61 688) wurden aufgefordert, ihren jetzigen Aufenthalts- bzw. Aufenthaltsort unter genauer Angabe ihrer Adresse an das Büro, Verband der Deutschen Buchdrucker, Düsseldorf, Wallstraße 10, mitzuteilen, andernfalls Ausbilder besannt wird.

Veremungskalender

Nachen. Bezirksversammlung Sonntag, den 18. Mai, in Altona. — Einträge an den Bezirksvorstand.
Auerbach-Hallenverein. Besetzung im Sonntag, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Hofgarten, Altona.
Bielefeld. (W a i t e n e i t e r) Sonntag, den 11. Mai, vormittags 11 Uhr, im „Gloria-Saal“.
Hamburg. 1. Bezirksversammlung am 1. Mai in der „Glenblitz“, Altona.
Dortmund. Bezirksversammlung am Sonntag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, im Rastrop-Palast.
Dresden. Bezirksversammlung am Sonntag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Luisenhaus“ (Saal 1).

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengespaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker (Gegründet 1873)
Sonabend, den 3. Mai, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im „Porterhaus“, St. Pauli, Bahrenweg 1.
Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Beiträge zum Sechsten Norddeutschen Druckertag in Hamburg am 17. und 18. Mai. 3. Unsere Gedächtnisfeier, eventuelle Gedenkbüchling. 4. Technisches. 5. Verschiedenes.
Guten Nacht dieser Versammlung erbetet Der Vorstand.

Kleifertopf
verzinnt, zum Schutz des Verformens des Zurlinckleifert.
Durch Fingerring auf einen Holzen tritt der Kleifertopf aus einer kleinen Öffnung heraus und bleibt bis zum letzten Rest gebrauchsfähig. Preis Rmk. 3 50 P. Stck.
Verlag H. Siegl, München
Columbusstraße 1.

Wie entwerfe ich Akzidenzen
KARTEN ist erschienen
Verlangen Sie unsere bündelnde Prospekt mit Probeabbildungen.
WILLY SCHUMANN
Leipzig, Marschnerstr. 3

Für Maschinenfieber
Abnung der Matzein. 60 Pf.
Das Produkt der Sehmajstine. 60 Pf.
Der Typograph. . . . 2,50 M.
Die Linotype. . . . 6,00 M.
Die Monotype. . . . 6,00 M.
25 Fragen und Antworten für Linotypenmaschinenfieber 1 M.
Erschichte der Sehmajstine. 3 M.
Verlag des Bildungsvorstandes der D. D., Ombd., Berlin SW 61.

Ullo Kreuß
aus Kiel, im 63. Lebensjahre in der Heilanstalt Altona 1. S.
Wir werden den Verstorbenden ein ehrendes Andenken benachrichtigen.
Mitgliedschaft Kiel.

Ludwig Hoff
aus Hamburg, im 71. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken demahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Joseph Hill
geboren am 5. Juli 1868 in Lönbeck.
Wir werden in ihm einen lieben Menschen, der nahezu vier Jahrzehnte lange an der Ausübung seines Berufs unfer Kollegen der Seher

Blungungsliste
Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im „Seid-Raum“, Neuhöfen, Welfenstraße 8.

Hugo Schmitz
aus Altona.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Ordnungszahlen: 100.
Sehlervereinsmitglied.

Friedrich Bred
aus Seer (Schiffersland), im Alter von fast 70 Jahren.
Aber 60 Jahre war der Bestrebte unfer Bande ein treues Mitglied.
Wir werden seiner stets ehrend gedenken. [408]
Sehler- und Ordnungsmitglied.
Korrespondenzmitglied.
Grupp. Sehangerein.

Valentin Strick
im Alter von 63 Jahren.
30 Jahre hat er unfer Organisation die Treue gehalten. Er war Mitbegründer unfer Ordereins. Durch seine stets unfer Organisation an demselben haben bei allen Kollegen des Orts und Sehlers bekannt und beliebt.
Ehre seinem Andenken!
Ordnungsmitglied.

Richard Vogtländer
im 67. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm nicht nur einen auserk verdienten und wohlwollenden Kollegen, sondern auch einen edlen Menschen, der stets für die Interessen des Personals so lautes Verständnis hatte.
Wir werden dem Dahingeschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Das technische Personal des Wochenblattes für Typograph und umgebend, Tageblatt und Anzeiger.

Wilhelm Rang
im Alter von 76 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Das Personal der Buchdruckerei Wilhelm Greve, Altona.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer
Unermartet verstarb am zweiten Osterfesttag nach kurzer Krankheit im Krankenhause Friedrichshagen unfer Gauverbandskollege, der Vorhabende des Berliner Korrektorenvereins
[405]
Richard Wandura
im Alter von 63 Jahren. Unerwartlich und stets hilfsbereit hat sich der Verstorbene innerhalb und außerhalb des Gauverbands für die Interessen der Berliner Kollegen und die seiner eigenen Werten Kollegen eingesetzt. Die Berliner Mitgliedschaft wird sein Andenken in Ehren halten.
Der Gauverband.

Richard Vogtländer
im 67. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm nicht nur einen auserk verdienten und wohlwollenden Kollegen, sondern auch einen edlen Menschen, der stets für die Interessen des Personals so lautes Verständnis hatte.
Wir werden dem Dahingeschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Das technische Personal des Wochenblattes für Typograph und umgebend, Tageblatt und Anzeiger.

Abolf Gantler
im 62. Lebensjahre.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Das Personal der Buchdruckerei Wilhelm Greve, Altona.

Richard Wandura
im Alter von 63 Jahren. Unerwartlich und stets hilfsbereit hat sich der Verstorbene innerhalb und außerhalb des Gauverbands für die Interessen der Berliner Kollegen und die seiner eigenen Werten Kollegen eingesetzt. Die Berliner Mitgliedschaft wird sein Andenken in Ehren halten.
Der Gauverband.

Richard Vogtländer
im 67. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm nicht nur einen auserk verdienten und wohlwollenden Kollegen, sondern auch einen edlen Menschen, der stets für die Interessen des Personals so lautes Verständnis hatte.
Wir werden dem Dahingeschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Das technische Personal des Wochenblattes für Typograph und umgebend, Tageblatt und Anzeiger.

Richard Vogtländer
im 67. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm nicht nur einen auserk verdienten und wohlwollenden Kollegen, sondern auch einen edlen Menschen, der stets für die Interessen des Personals so lautes Verständnis hatte.
Wir werden dem Dahingeschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Das technische Personal des Wochenblattes für Typograph und umgebend, Tageblatt und Anzeiger.